

FiBL sorgt für mehr Nachhaltigkeit im Lebensmittelsektor

Smart-Tool in Frick entwickelt

Das Schweizer Stimmvolk hat die Fair Food-Initiative abgelehnt. Die Debatten zeigten aber, dass sich Befürworter und Gegner in einem Punkt einig waren: Mehr Nachhaltigkeit und Transparenz hinsichtlich der Herkunft und der Produktionsweise von Lebensmitteln sind wünschenswert.

FRICK. Im vergangenen Abstimmungskampf zur «Fair Food-Initiative» wurde einmal mehr klar, dass die Lebensmittelproduktion ein Thema ist, welches jede und jeden angeht und die Gemüter erhitzt. Klar wurde auch, dass bei Lebensmitteln umfassende Informationen zu Themen wie Tierwohl, Klima, Biodiversität und Arbeitsbedingungen rare Ware sind. Transparenz ist gefragt – vor allem bei Produkten aus dem Ausland. Für Transparenz sind fundierte Fakten zur Lebensmittelproduktion notwendig. Dazu bedarf es zunächst wissenschaftlich basierter Methoden, um die Informationen zu erheben, zu bewerten und zu einem nachvollziehbaren Resultat zusammenzufassen. Darauf aufbauend sind geschickte Kommunikationsarten gefragt, damit die Konsumenten schliesslich eine informierte Kaufentscheidung treffen können.

Das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in Frick beschäftigt sich seit vielen Jahren mit diesem gesellschaftlichen Bedürfnis nach Informationen zu Nachhaltigkeit von Lebensmitteln: Mit Hilfe des eigens hierfür entwickelten Smart-Tools (Sustainability Monitoring and Assessment



Knospe-Landwirt Fritz Sahli bespricht mit FiBL-Mitarbeiter Lukas Baumgart Möglichkeiten zur Verbesserung der Nachhaltigkeitsleistungen. Foto: zVg

RouTine), kann die Nachhaltigkeit in der Produktion von landwirtschaftlichen Rohwaren umfassend und pragmatisch bewertet werden. Dabei handelt es sich um kein neues Label, sondern um eine neutrale Methode zur effizienten Analyse der Produktionsbedingungen. Das Tool bündelt langjähriges Expertenwissen des FiBL und wird heute bereits in vielen Produktbereichen erfolgreich angewendet –

von Schweizer Milchvieh-, Ackerbau- und Obstbaubetrieben, bis hin zu Kaffeebauern in Afrika, Teebauern in Asien und Avocado-Produzenten in Lateinamerika.

Dialog und Zusammenarbeit

Um bestehende sowie neue Lösungsansätze für die Nachhaltigkeitsbewertung von Lebensmitteln (weiter) zu entwickeln und in die Breite zu tragen, ist eine intensive Zusammenarbeit zwi-

schen Bund, Forschungsinstitutionen, Konsumentenschutzorganisationen aber vor allem auch dem privatwirtschaftlichen Sektor nötig. Davon ist Urs Niggli, Direktor des FiBL Schweiz, überzeugt: «Das gesellschaftliche Bedürfnis nach mehr Transparenz und Nachhaltigkeit ist offensichtlich. Jetzt geht es darum, diesem bestmöglich nachzukommen, unabhängig von vergangenen oder zukünftigen Initiativen.» (nFz)

LESERBRIEFE

«Mehr Solidarität für die Gesellschaft und soziale Industriepolitik»

Mit der Ankündigung am Produktionsstandort in Stein über 700 Stellen zu streichen, reiht sich die Novartis gesamtschweizerisch in die Reihe vieler Grosskonzerne ein, die ohne grosses Verantwortungs-bewusstsein zahlreiche Menschen auf die Strasse stellen und dabei nur die eigenen Interessen im Blick haben. Zur Begründung werden Effizienzsteigerung und Überkapazitäten genannt. Betriebsökonomisch handelt es sich dabei jedoch nicht um eine in Krisenzeiten unumgängliche Reaktion, sondern um Schritte zur Sicherung satter Gewinne und der weiteren Verbesserung der Kapitalrenditen. Sie gründen auf den Prioritäten eines Unternehmens, das sich an seiner Rentabilität, nicht aber an den Arbeitnehmenden orientiert. Handlungen ohne jegliches Verantwortungsgefühl für das Schicksal vieler Menschen und die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region.

Für die SP der Bezirke Laufenburg und Rheinfelden wirft dieses Verhalten und insbesondere die Kommunikation gewichtige Fragen für das Fricktal, aber auch die ganze Schweiz auf: Wie sieht denn eine Gesellschaft aus, in der niederschwellige Arbeitsplätze durch Auslagerung in Billiglöhnländer oder die Digitalisierung immer weiter verschwinden?

Mit den Entlassungen in den Produktionsbereichen verlieren im Fricktal auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die

viele Jahre am Tag und in der Nacht für das Wohl der Novartis im Einsatz gestanden haben, ihre Anstellung. Viele von ihnen sind nicht mehr jung und agil, verfügen oftmals nur über geringe Berufsbildung. Die angekündigten Umschulungsmassnahmen oder Job-Center sind für Menschen fortgeschrittenen Alters oder ohne Abschluss ein Hohn, wenn die Wirtschaft für sie keine Stellen mehr bereitstellt. Es besteht die Gefahr, dass unsere Sozialwerke und die darin einzahlende Gesellschaft nicht gewillt ist, diesen Menschen ausreichend Schutz zu bieten.

Sind denn die multinationalen Konzerne und ihre Kapitaleigner gewillt, weiterhin ihre immer grösseren Gewinne mit komplexen Steuerkonstrukten in die Schweiz zu verschieben, wenn wir zur finanziellen Sicherung des Sozialstaates die Steuern erhöhen müssen? «Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es allen Menschen in ihrer Umgebung auch gut.» Mit dieser neoliberalen Überzeugung werden seit Jahren die grösstmöglichen Freiheiten für Grossunternehmungen und ihre Kapitalgeber legitimiert. Über viele Jahre schien sich diese Ansicht zwar zu bewahren, doch mit den jüngsten Meldung über verantwortungslose Massenentlassungen oder die drohenden Jobverluste durch die Digitalisierung deren Validität dringend hinterfragt werden. Welche Reaktion von lokaler und nationaler Politik sowie der Gesellschaft braucht es jetzt?

Es braucht nun eine Solidarisierung mit den Stellenlosen und ihren Familien, mit den Gemeinden und Regionen, die durch solche Massnahmen massiv geschwächt werden. Jahrzehntlang gab es mit den Gewerkschaften gewichtige Ins-

titutionen, die sich gemeinsam mit der Bevölkerung entschieden für das Wohl der Arbeitnehmenden eingesetzt haben. Mit der Entpolitisierung und Individualisierung der Gesellschaft sind diese Bollwerke massiv geschwächt worden. Diese Entwicklung erlaubt es besonders den multinationalen Konzernen sich immer mehr ihrer sozialen Verantwortung zu entziehen und nur noch im Eigeninteresse zu handeln, ohne dass das Schicksal der Arbeitslosen ausserhalb des eigenen Umfeldes noch grosse Empörung weckt. Die politischen Instanzen als Garant für soziale Wohlfahrt und ein würdiges Leben der Menschen stehen daher entgegen vieler Stimmen in der Pflicht zu handeln. Auch wenn der Handlungsspielraum gering erscheinen mag, zu kapitulieren und weiterhin blindlings auf den Goodwill der Unternehmungen zu vertrauen, ist keine Option mehr.

ROLF SCHMID,
PRÄSIDENT SP BEZIRK LAUFENBURG
PETER KOLLER,
SP BEZIRK RHEINFELDEN

Rationeller und schneller

Als Zürcher wohne ich seit ein paar Jahren im Fricktal. Daher unterstütze ich die Idee (u.a. von Frau Gertrud Häseli) des möglichst grossräumigen Zusammenlegens der kleinen Gemeinden voll und ganz. Sehr vieles wird dadurch rationeller – auch das Denken dürfte dadurch mit der Zeit «grossräumiger» werden. Dies braucht aber seine Zeit. Doch Zeit ist relativ. In sechs Jahren würde sich viel machen lassen. Gipf-Oberfrick zum Bei-

spiel zählt heute rund 3500 Einwohner. Nur eine Minderheit davon dürften «Alteingesessene» sein. In Zürich spricht man z.B. von Witikon, Albisrieden, Fluntern, Riesbach oder Oerlikon und Schwamendingen. Seit spätestens 1934 bilden diese alle gemeinsam die Stadt Zürich.

All die Stadtkreise mit ihren Unterteilungen haben noch immer ihre Wappen (siehe z.B. Sechseläuten). Man grüsst und kennt sich vielfach im Quartier und auf den Strassen. Wenn ein Quartier oder ein Stadtkreis ein grösseres Schulhaus, eine Tram- oder Buslinie oder sonst was Teures braucht, stimmt das Volk sehr oft mit grossem Mehr solidarisch den Projekten zu. (Der bekannte Rosengarten, wo es gar keine Rosen hat, ist da ein grösseres Problem. Es dürfen mehrere mitbestimmen.)

Im Fricktal könnte es für eine Dorfumfahrung, für einen Ortsbus oder allgemein für den Ausbau des ÖV genau gleich laufen. Und dies erst noch rationeller und auch schneller. Je mehr kleine Gemeinden da «vor der eigenen Haustüre» bestimmen können oder müssen, desto kleinkariierter kommt das gemeinsame (Spar)Projekt heraus. Es darf nur wenig kosten, der Steuerfuss ist schon heute viel zu hoch (vernimmt man als Argumente). Der geteerte Feldweg im eigenen Dorf wird dann nur um 50 Zentimeter verbreitert – aus Spargründen, obwohl die Autos sowohl anzahlmässig wie auch in der Wagenbreite immer mehr zunehmen. Wo die Strassen zu eng sind, muss zwangsläufig die Wiese herhalten. Selbst in wirtschaftlich sehr guten Zeiten herrscht der Spartrend. Man will immer mehr die Steuern senken. Und in wirtschaftlich schlechten Zeiten.

URS BOSSHARD, GIPF-OBERFRICK



SPITALRATGEBER

Physio-Einsatz in Moldawien



Felix Mangold,
Leiter Therapien
und Beratungen

Moldawien gilt als ärmstes Land Europas. Um das Überleben zu sichern, arbeitet und lebt etwa ein Drittel der Bevölkerung im Ausland. Ich hatte als Physiotherapeut mehrmals Gelegenheit, mit einem Team in einem Ferienlager für Behinderte einen Einsatz zu leisten und Menschen Therapien anzubieten. Die Krankheitsbilder reichten von Querschnittlähmungen über Schlaganfälle bis hin zu Rückenoperationen, welche durch ungünstigen Ausgang zu Lähmungen führten und komplizierten Knochenbrüchen, die nicht oder nur ungenügend versorgt worden waren.

Durch meine Erfahrungen vor Ort erkannte ich bald, dass die Gesundheitsversorgung in Moldawien nur punktuell zugänglich ist und nicht der ganzen Bevölkerung offen steht. Oft werden Menschen mit Problemen sich selbst überlassen und geraten gesellschaftlich ins Abseits. Es war eindrücklich zu sehen, wie man mit therapeutischem Wissen und einfachen Materialien wie Thera-Bändern, Igelbälle oder Wärmekissen ein bisschen Hoffnung und Perspektiven verleihen konnte. Es war nicht immer einfach, die Ursache des Leidens zu ergründen sowie therapeutische Massnahmen zu formulieren. Die dort entgegengebrachte Gastfreundschaft und grosse Dankbarkeit, die angesichts der schwierigen Ausgangslage nicht selbstverständlich war, waren sehr beeindruckend und berührend. Nach meiner Rückkehr in die Schweiz sah ich umso deutlicher, wie avanciert unser Gesundheitssystem im Gegensatz zu vielen anderen Ländern ist.

Dieser Einsatz bot uns die Chance, das Gesundheitssystem in Moldawien in beschränkter Masse zu unterstützen und damit einigen Menschen mit medizinischen Problemen ein Stück weit aus der sozialen Isolation zu helfen. Mein nächstes Projekt besteht darin, eine lokale Therapiestation einzurichten, dort einheimische Therapeuten anzuleiten und einzuarbeiten, um sie dann selbständig arbeiten zu lassen.

Im Gesundheitszentrum Fricktal (GZF) habe ich für dieses Herzprojekt viel Unterstützung und Anerkennung erfahren. Dies zeigt mir einmal mehr auf, dass unser Haus seine Werte lebt und im Rahmen seiner Möglichkeiten Unterstützung für würdige soziale Projekte bietet. Ein schönes Gefühl!

Der Autor ist Leiter Therapien und Beratungen am GZF.

Der «Spitalratgeber», in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitszentrum Fricktal, erscheint einmal im Monat.

Was Gesundheit ist, kann nur ein Kranker ermesen.

Gerhard Uhlenbruck